

CSD in Sachsen

Beschluss aus der Landesvorstandssitzung vom 10. März 2017

- Beschluss:** Der Landesvorstand der LINKEN Sachsen beschließt die Forderungen und beteiligt sich an Veranstaltungen des Rainbowflash und den CSD Veranstaltungen in Sachsen.
- Politische Botschaft:** Bei allen Veranstaltungen wollen wir, auch zusammen mit vielen Partner*innen, mit unseren Forderungen und Botschaften gegen Hass und Ausgrenzung klar machen, dass Gewalt und Vorurteile gegenüber Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Intergeschlechtlichen und Transgender keinen Platz in einer demokratischen und bunten Gesellschaft haben. DIE LINKE. Sachsen macht sich stark für gleiche Rechte, die Gleichstellung aller Lebens- und Liebesweisen, Vielfalt und Respekt.
- Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit:** Präsenz und aktive Beteiligung der Partei DIE LINKE zu den CSDs und Rainbowflash in Sachsen;
Bekanntmachung der linken Perspektive und Initiativen zu Gleichstellungs- und Queerpolitik in der Öffentlichkeit;
kritische Auseinandersetzung mit der Gleichstellungs- und Queerpolitik der Landesregierung;
Veröffentlichung im Internet (www.dielinke-sachsen.de)
Facebookbanner zu den einzelnen Veranstaltungen
Pressemitteilung, Themensetzung/Bericht in der Landeszeitung
- Finanzen:** Material 500 €
Unterstützung Vereine 300 €
- Die Vorlage wurde abgestimmt mit:** Landesschatzmeister
- Den Beschluss sollen erhalten:** Landesvorstandsmitglieder, Landesratsmitglieder, Kreisvorsitzende, Ortsvorsitzende, sächsische Mitglieder im Bundesausschuss, Fraktionsvorstand der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Pressesprecher der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag; Fraktionsgeschäftsführer der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Landesparteitagsdelegierte, sächsische Bundesparteitagsdelegierte, Landesweite Zusammenschlüsse, Jugendkoordinator

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen.

f.d.R.

Dresden, den 10. März 2017



Antje Feiks - Landesgeschäftsführerin

CSD in Sachsen

Forderungen:

Gleiche Rechte für alle! Jetzt erst recht!

Gleichstellungspolitik und das Streiten für die gleichberechtigte Teilhabe Aller, ist für DIE LINKE eine Selbstverständlichkeit. Wir betrachten sie als Querschnittsaufgabe. Teile der Zivilgesellschaft aber fühlen sich berufen, „Altbewährtes“ zu verteidigen und laufen Sturm gegen Freiheitsrechte und emanzipatorische Bewegungen. Studien der Europäischen Menschenrechtsagentur zur Situation von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgender, und Intergeschlechtlichen (LGBTI*) Menschen in der EU zeichnen ein erschreckendes Bild von Alltagsdiskriminierung, Belästigung und Gewalt.

Es ist mehr als beschämend, dass noch heute Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität stigmatisiert, diskriminiert und in einigen Ländern Europas, regelrecht verfolgt werden. Der offene Angriff auf die Vielfalt von Lebensweisen ist mittlerweile längst auch in den Parlamenten angekommen.

Der SachsenMonitor vom November 2016 dokumentiert die offene Homo- und Transfeindlichkeit in Sachsen. cuz % gaben an....

Wir brauchen endlich eine umfassende Gleichstellung aller Lebens- und Liebesweisen sowie ausreichenden Schutz vor Diskriminierung und Verfolgung. Den besorgten Bürger*innen rufen wir entgegen "Besorgt ´s euch selbst!"

Wir fordern die längst überfällige verfassungsrechtliche Gleichstellung aller Lebensweisen und deren Aufnahme ins Grundgesetz. Dazu gehören die Reform des Transsexuellengesetzes sowie der dringend notwendige Ausbau des Diskriminierungsschutzes für Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender und Intergeschlechtliche Menschen in Deutschland und überall in Europa.

Weiterhin fordern wir:

- Verbesserung von Bildung und Aufklärung; besonders Schulaufklärungsprojekte den Ausbau der Arbeit der Vereine und finanzielle Absicherung in den Lehrplan
- Sensibilisierung der Polizei durch verbindliche Schulungen
- Sensibilisierung von Lehrkräften/Pädagog*innen durch verbindliche Schulungen, insbesondere für die Belange von Trans*kindern und -jugendlichen
- Einrichtung von flächendeckenden Antidiskriminierungsstellen
- Ausbau der Beratungsstellen und Unterstützungsangebote besonders im ländlichen Raum
- Förderung des Dialogs mit der Zivilgesellschaft durch politische Entscheidungsträger*innen aller Ebenen
- Umsetzung geeigneter Maßnahmen zur Herstellung tatsächlicher Gleichstellung